Nummer 10 Pfg. Nummer 10 Pfg.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstraße 7, und durch Austräger zu beziehen. Preis pro Woche 30 Pfg. „ „ Monat 1.20 Mk. „ für 3 Monate 3.60 Mk. Durch die Post bezogen 3.75 Mk. frei in Haus 4.17 Mk. wo keine Post am Orte 4.56 Mk.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung".

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspalt. Colonelzeile od. deren Raum für Breslau u. Schlesien 35 Pfg. Außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. 80 Pfg. Inf. für Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen 80 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 9. Breslau, Freitag, den 11. Januar 1918. 29. Jahrgang.

Die Wiederaufnahme.

In Brest-Litowsk.

Zwei Ereignisse fesseln heute die Aufmerksamkeit der Welt: die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk und das Echo, das Wilsons Rede bei den verbündeten Amerikas und im Vierbunde weckt. Über die Verhandlungen in Brest-Litowsk liegt ein Verhandlungsbericht vor, dem folgende Wolff-Depesche vorausgeschickt war:

Brest-Litowsk, 10. Januar. (WTB.) In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen.

Ferner stellte sie fest, daß die vom Wolff-Bureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung am 28. Dezember dem tatsächlichen Hergang entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde von russischer Seite als unrichtig bezeichnet.

Demnach hatten die Russen also am 28. Dezember nicht mit Abbruch der Verhandlungen gedroht, sondern die Fortsetzung derselben nach der Zehntagefrist in sichere Aussicht gestellt. Die Störung, die von Petersburg aus durch die neuen Anträge in die Verhandlungen gekommen war, bildete denn auch den Hauptgegenstand der ersten Verhandlung am 10. Januar. Staatssekretär v. Kühlmann und Graf Czernin gaben nach einem Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen die kategorische Erklärung ab, daß sie einer Verlegung der Verhandlungen auf keinen Fall zustimmen würden, da diese ja doch nur ihre Erschwerung zur Folge haben könnte und General Hoffmann legte mit den Offizieren der anderen Mittelmächte Verwahrung ein gegen die Verbreitung revolutionärer Flugblätter unter den deutschen Truppen und die „Beschimpfungen deutscher Heereseinrichtungen" durch die russischen Telegramme und Funksprüche. Nach diesen Erklärungen wurden die Verhandlungen auf Wunsch des russischen Volkskommissars Trotzki unterbrochen und hier bricht auch der ausführliche Bericht über die Verhandlungen ab. Von dem Zugeständnis der Russen, daß die Petersburger Lesart über den 28. Dezember falsch war, enthält er noch nichts, ebensowenig eine Erklärung darüber, ob die Russen sich den Gründen der Mittelmächte fügen und dauernd in Brest-Litowsk weiter verhandeln. Eine Entscheidung darüber kann aber auch schon getroffen sein, falls das kurze obige Telegramm später ausgegeben ist, als das ausführliche Protokoll. Weitere Nachrichten über die Absichten der Russen gehen uns vielleicht schon während des Druckes der Zeitung zu. Zur Stunde liegt uns der Beginn der Verhandlungen nach 11 Uhr vor, der Vertreter der Ukraine führt zunächst das Wort (siehe den Bericht).

Bessere Aussichten!

Der glatte Fortgang der Verhandlungen würde auch die Westmächte aufs stärkste beeinflussen, darüber läßt die Haltung der englischen Gewerkschaftler und eines Teiles der französischen Sozialisten keinen Zweifel und die gemäßigte Rede Wilsons scheint den Drang nach der endlichen Friedenskonferenz noch zu stärken. Wie in Berliner parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt der Reichskanzler Graf Hertling in den nächsten Tagen, wahrscheinlich am kommenden Montag, im Hauptausschusse zu erscheinen, um in einer größeren Rede auf die Kriegszielreden Lloyd Georges und Wilsons zu antworten. Das würde die Debatten weiter in Fluß bringen. In Frankreich wird Albert Thomas im Laufe der kommenden Woche über die Verweigerung der Pässe nach St. Petersburg interpellieren, um der Regierung Gelegenheit zu einer neuen Erklärung in der Friedensfrage zu geben. Der Minister des Aeußeren, Pichon, wird Thomas antworten. Wie das „Echo de Paris" erfährt, wird sich Pichon im Rahmen der französischen Kriegsziele den Erklärungen Lloyd Georges ausdrücklich anschließen. Wahrscheinlich wird in diese Debatte, die sensationell zu werden verspricht, auch Clemenceau eingreifen. In der gleichen Sitzung wird namens der Minderheitssozialisten Longuet den formellen Antrag auf sofortigen Beginn der Friedensverhandlungen stellen. Er wird die Regierung über die Kriegsziele Frankreichs, der Verbündeten und die diplomatischen Mittel interpellieren, welche das Kabinett anzuwenden gedenkt, um rasch zu einem gerechten und dauernden Frieden zu kommen. Die Minderheitssozialisten weisen auch die Friedensbedingung der Rückgabe Elsaß-Lothringens als unerfüllbar zurück.

Auch in England wird der Widerspruch gegen Lloyd Georges ausschweifende Kriegsziele immer lauter. Die Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" teilt unter heftigen Angriffen auf Henderson mit, dieser habe erklärt, er lehne für seine Person nach wie vor die Kriegsziele Lloyd Georges ab, da ihre Durchführung die Verewigung des Krieges bedeuten würde. Und die „Morning Post" meldet, die erste englische Gewerkschaftsversammlung, die nach der Rede Lloyd Georges abgehalten wurde, die Tagung der Liverpooler Hafenarbeiter, sprach sich in einer Resolution gegen die Kriegsziele Lloyd Georges aus. Snowden äußerte sich, wie Reuter behauptet, zu der Rede Lloyd Georges im allgemeinen befriedigend, bemerkte aber, Lloyd George sollte nach Brest-Litowsk oder Stockholm gehen, oder wo sonst die Russen und die Deutschen zusammenträfen.

Nach seiner Ansicht darüber befragt, ob die Rede in Deutschland günstig aufgenommen werden würde, sagte Snowden: Meines Erachtens sollte jedermann dankbar dafür sein, daß den verschiedenen Kriegführenden Gelegenheit gegeben werden soll, zusammengebracht zu werden.

Clemenceau will ebenfalls nach dem „Matin", im Anschluß an die sozialistische Interpellation Anfang nächster Woche in der Kammer eine Erklärung über die Reden Lloyd Georges und Wilsons abgeben, die eine genaue Formulierung der Forderungen Frankreichs als mögliche Grundlage zu Friedensbesprechungen darstellen würden.

Die neue Sitzung.

Brest-Litowsk, 10. Januar. (W. T.-B.) Heute vormittag 11 Uhr fand eine Vollsitzung statt, an der sämtliche Delegationen und die ukrainischen Vertreter teilnahmen. Großwesir Talaat Pascha eröffnete die Sitzung und übergab den Vorsitz an den Staatssekretär v. Kühlmann.

Staatssekretär von Kühlmann

nahm darauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

Die für die bisherigen Sitzungen maßgebenden Formalien werden, wie ich annehme, mit allgemeiner Zustimmung auch weiter als maßgebend betrachtet werden. Da in der Zusammensetzung einzelner Delegationen Veränderungen vorgekommen sind, erscheint es nicht überflüssig, am Beginn unserer Arbeiten

einen kurzen Rückblick

auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen zu werfen. Die gegenwärtige russische Regierung hat am 28. November 1917 durch einen „an Alle" gerichteten Funkspruch unter Mitteilung gewisser Beschlüsse ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Kriegführenden in Friedensverhandlungen einzutreten. Darauf hat der deutsche Reichskanzler, Herr Dr. Graf von Hertling, in seiner programmatischen Antrittsrede vor der Vollversammlung des deutschen Reichstages am 29. November 1917 erklärt:

„Die russische Regierung richtete gestern von Zarskoje-Sselo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trotzki und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommission Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen der kriegführenden Länder in dem sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsende. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden."

Die leitenden Staatsmänner der anderen Verbündeten haben dem Sinne nach gleiche Erklärungen abgegeben.

Am 3. Dezember 1917

begannen die Verhandlungen über den Waffenstillstand, die am 15. Dezember durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages erfolgreich zu Ende geführt wurden. Gemäß der Bestimmung dieses Vertrages im Artikel IX: „Die vertragschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten", entsandten die vier verbündeten Mächte bevollmächtigte Vertreter nach Brest-Litowsk, die mit den Vertretern der russischen Regierung am 22. Dezember 1917 die Friedensverhandlungen begannen. Diese zerfielen in zwei gesonderte Teile: in die Erörterung über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens und in die Besprechung derjenigen Punkte, die unter allen Umständen zwischen den Mächten des Vierbundes und der russischen Regierung zur Erörterung gestellt werden müssen.

Wie von der russischen Delegation in der Sitzung am 25. Dezember 1917 vorgeschlagen worden ist, trat eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen ein, „damit, nach der russischen Erklärung, die Völker, deren Regierungen den geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden sich noch nicht angeschlossen hätten, die Möglichkeit hätten, genügend mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens sich bekannt zu machen. Nach Verlauf der besagten Frist müßten die Verhandlungen erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieviele kriegführende Staaten sich den Verhandlungen anschließen."

Die Frist ist am 4. Januar 1918 mitternachts abgelaufen.

Die verbündeten Regierungen haben darauf nachstehenden gemeinsamen Beschluß durch Funkspruch verbreitet, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß von den Regierungen der Entente irgendwelche zweckdienlichen Mitteilungen nicht eingegangen waren:

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen allgemeinen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember ergibt, war die wesentlichste Vorbedingung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichteintritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Verstreichen der Frist sich ergebenden Folgen.

Das Dokument ist hinfällig geworden.

Die nächste Aufgabe unserer Versammlung wäre zunächst die Verhandlungen an dem Punkte wieder aufzunehmen, wo sie vor dem Eintritt der Weihnachtspause sich befanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn Joffe gezeichnetes Telegramm an General Hoffmann diesem mitgeteilt:

„Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neutralem Boden zu führen. Sie schlägt ihrerseits vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen"

und auch in einem weiteren Telegramm wurde der Wunsch der Verlegung des Verhandlungsortes in das neutrale Ausland zu erkennen gegeben.

Ich will auf die aus den bisherigen Darlegungen an anderer Stelle den Herren Delegierten bekannten Gründen, die es unmöglich machen, die Verhandlungen an einem anderen Orte als in Brest-Litowsk zu führen, hier nicht näher eingehen, möchte aber jetzt schon als feststehenden unabänderlichen Beschluß der vier verbündeten Mächte aussprechen, daß sie

nicht in der Lage sind,

die jetzt hier angefangenen Verhandlungen über einen Präliminarfrieden

an einem anderen Orte weiterzuführen.

Wie schon früher in unverbindlicher Weise dargelegt wurde, waren sie aus Courtoisie gern bereit, die formale Schlußverhandlung und die Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, da ja für die Führung einer Verhandlung die Atmosphäre, in der sie sich vollzieht, von der allergrößten Wichtigkeit ist, daß seit Abschluß des Gedankenaustausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugetragen hat, was geeignet schien,

Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung

zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen. Ich möchte in dieser Hinsicht verweisen auf den Ton gewisser halbamtlicher Kundgebungen der russischen Regierung gegen die Regierungen der Vierbundmächte, insbesondere aber auf die Kundgebung der Petersburger Telegraphen-Agentur, die im Auslande als halbamtliches russisches Organ angesehen wird. In dieser Kundgebung — ich will, um meine Rede nicht allzusehr zu verlängern, für den Augenblick auf die wörtliche Wiedergabe verzichten, behalte mir aber, wenn es nötig werden sollte, die Wiedergabe für den weiteren Verlauf der Diskussion vor — war eine angeblich in der Sitzung am 25. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation, Joffe, gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die — wie ein Einblick in die Akten lehrt — lediglich aus der Phantasie eines Erfinders entsprungen war. Diese in allen Teilen erfundene Mitteilung hat erheblich dazu beigetragen, das Bild über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und

deren Ergebnisse zu gefährden.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgebe, möchte, daß die Verhandlungen zu einem erspriesslichen Ziel

[illegible] ...re auf den une bekannten und durch die ruhige Teie... hon im beredter Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen ... wir in den Verhandlungen mit der Arbeitsmethode der ...ischen Abordnung gemacht haben. Soweit sich aus den ... der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil ...en läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur ...t für groß genug, um das Scheitern des Friedenswerkes ... damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im ...en mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu ...en."

Hierauf führte der österreichisch-ungarische Minister des ...ßeren

Graf Czernin

Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen folgendes hinzuzufügen: Die Gründe, wegen welcher wir ... Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ... neutrales Land kategorisch verweigern, sind doppelter ...r. Erstens technischer Art. Sie wie wir sind von hier ...mit direkten Drähten mit unseren bezw. Ihren Regierungen ...nden. Täglich findet ein Meinungsaustausch von Ihnen ...Petersburg und Kiew statt, und von uns mit unseren Zen... ...n. Wir alle können diesen Apparat nicht missen, sollen ... Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert ...en. Noch wichtiger aber als dieser Grund ist das zweite ...id: Sie, meine Herren, haben seinerzeit an uns die Ein... ...g für allgemeine Friedensverhandlungen ergehen lassen. ... haben dieselben angenommen, und wir haben uns auf ...asis für einen allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser ... haben Sie Ihren Verbündeten ein zehntägiges Ultimatum ...lt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, ...heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks ... allgemeinen Friedens, sondern

...ines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbunde.

...Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde ...Entente die von ihr ersehnte Gelegenheit geben, störend ...zugreifen. Die Regierungen Englands und Frank...s würden vor und hinter den Kulissen alles versuchen, ...as Zustandekommen dieses Separatfriedens zu ver...ern. Wir weigern uns, den westlichen Mächten diese ...enheit zu liefern, aber wir wären bereit, an einem ...zu bestimmenden Orte die formale Schlußverhandlung ...die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen. ...den meritorischen Teil der Verhandlungen anbelangt, in ...em eine Uebereinstimmung zwischen Ihnen und uns nicht erzielt worden ist, so haben wir uns in der letzten ...rsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen ...ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche ... die Arbeiten zu beginnen hätte. Alle vier Alliierten ...öllig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem ...sekretär und mir entwickelten und mit den russischen ... bereits bindend abgemachten Basis

zu Ende zu führen.

... die Herren der russischen Delegation von der gleichen ...ionen beseelt sind, so werden wir zu einem alle befrie... ...den Ergebnisse gelangen. Wenn nicht, dann werden ...nge ihren notwendigen Lauf nehmen, aber die Verant...ng für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich ... Herren der russischen Delegation."

...Großwesir Talaat Pascha (türkisch) und Justizminister ... (bulgarisch) schlossen sich namens der türkischen und ...lgarischen Delegationen diesen Ausführungen an... ...gab

General Hoffmann

...e Erklärung ab:

...s liegt mir hier eine Anzahl Funksprüche und Aufrufe ...erzeichnet von Vertretern der russischen Regierung und ...sischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heereseinrichtungen und der deutschen ...en Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen ent... Diese Funksprüche und Aufrufe verstoßen zweifellos ...den Geist des zwischen den beiden Armeen geschlossenen ...fstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeres... ...lege ich gegen Form und Inhalt dieser Funksprüche ...schärfste gegen das Entschiedenste Protest ein.

...Feldmarschalleutnant Exzellenz von Csicserics, Oberst ...ich... und General der Kavallerie Izzet Pascha ... sich diesem Protest im Namen des k. u. k. Armee...kommandos, der bulgarischen Obersten Heeresleitung und ...osmanischen Armee an. Auf Vorschlag des Volkskom... Trotzki wurde die Sitzung um 11 Uhr unterbrochen

... [illegible] ...wurde ... [illegible]. Am Nachmittag wünschten die Russen eine Verlängerung der Vertagungsfrist auf heute früh. Aus späteren Meldungen geht hervor, daß sie sich heute früh für eine **Fortführung der Verhandlungen in Brest-Litowsk entschieden haben.**

Erklärung der Ukrainer.

Brest-Litowsk, 10. Januar. (WTB.) Die gestern unterbrochene Plenarsitzung wurde heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Kühlmann fortgesetzt. Als erster Redner führte

der ukrainische Staatssekretär

für Handel und Industrie, Holubowitsch, noch folgendes aus: Die durch den Krieg erschöpften und gequälten Völker sehnen sich nach Frieden. In dieser Sehnsucht nach Frieden haben die Vertreter der Demokratie Großrußlands ohne Rücksicht zu nehmen auf die Angriffe seitens eines Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse, über die Schützengräben der kriegführenden Mächte zu dem Zwecke überschritten, um nicht auf dem Schlachtfelde durch Blut und Eisen, sondern im Wege freundschaftlichen Uebereinkommens zwischen den Völkern den für die ganze Welt erwünschten allgemeinen Frieden zu erreichen. Nachdem mit den Friedensverhandlungen begonnen worden ist und die Prinzipien des Friedens bekanntgegeben worden sind, haben Sie mit Recht eine Pause von zehn Tagen eintreten lassen, um dadurch den Staaten, die bisher an den Friedensverhandlungen nicht teilnahmen, die Möglichkeit zu geben, diesen beizutreten. Unser Staat

die ukrainische Volksrepublik

deren Volk stets zum Frieden geneigt war, hat als erste auf ihren Ruf geantwortet. Nachdem durch das dritte Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November die staatliche Stellung bestimmt wurde, nimmt die ukrainische Volksrepublik im gegenwärtigen Augenblick ihre internationale Existenz wieder auf, die sie vor mehr als 250 Jahren verloren hat und tritt jetzt in vollem Umfange der ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte in internationale Beziehungen. Auf Grund der obigen Darstellung hält es das Generalsekretariat der Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, auf den jetzigen Friedensverhandlungen

eine selbständige Stellung einzunehmen

und hat die Ehre, den Regierungen der hier vertretenen Mächte folgende Note zu überreichen: Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik — Generalsekretariat — bringt hiermit allen kriegführenden und neutralen Staaten folgendes zur Kenntnis:

Mittels des Universals Nr. 3 der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November 1917 wurde die ukrainische Volksrepublik proklamiert und durch diesen Staatsakt die völkerrechtliche Stellung derselben bestimmt. Die Schaffung eines föderativen Bundes aller im gegebenen Momente auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches entstandenen Republiken anstrebend, knüpft die ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat bis zum Zeitpunkte der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung in Rußland sowie der Regelung der völkerrechtlichen Vertretungsfrage zwischen der ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes andererseits, selbständige völkerrechtliche Beziehungen an. Das Generalsekretariat erachtet es somit für unumgänglich, alle Staaten und Völker der Welt über das Verhalten der ukrainischen Volksrepublik gegenüber den Friedensverhandlungen, die dieser Tage in Brest-Litowsk zwischen den Vertretern des Rates der Volkskommissare einerseits und den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Mächte andererseits beginnen, in Kenntnis zu setzen. Unerschütterlich daran festhaltend, daß

der gegenwärtige Krieg für alle Staaten,

insbesondere für die arbeitenden Klassen eines jeden Staates das schwerste Uebel bedeutet, daß alle kriegführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und die Friedensverhandlungen unverzüglich einleiten sollten, hat die ukrainische Zentralrada, das Parlament der ukrainischen Republik, es für unumgänglich befunden, gleich nach Verkündigung der ukrainischen Republik eine aktive Politik in der Friedensfrage einzuleiten. Die ukrainische Zentralrada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensschlusses verkündet hat, es für unumgänglich erachtet, die Schließung eines Waffenstillstandes zu erstreben. Zu diesem Zwecke wurden Vertreter des Generalsekretariats an die Südwestfront sowie an die rumänische Front, die gegenwärtig zu einer einzigen ukrainischen Front unter der Leitung der Regierung der ukrainischen Volksrepublik vereinigt sind, geschickt. Gleichzeitig hat die ukrainische Zentralrada das Generalsekretariat beauftragt, die verbündeten Mächte von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was seinerzeit seitens des Generalsekretariats auch vollzogen wurde. In der Folge, als der Rat der Volkskommissare im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheit an allen Fronten Rußlands in die Hand genommen hat, hat das Generalsekretariat seine Vertreter nach Brest-Litowsk behufs Kontrolle und Information geschickt. Hierbei erachtet das Generalsekretariat es für notwendig, hervorzuheben, daß die Vertreter des Rates der Volkskommissare, ungeachtet dessen, daß sie über die Ankunft der Delegierten der Regierung der Ukraine zwecks Teilnahme an den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden waren, einen allgemeinen Waffenstillstand selbständig ohne jedwedes Einverständnis mit der ukrainischen Volksrepublik gefertigt haben. Gewärtig, daß der Rat der Volkskommissare gemäß dem letzten Punkte der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der ukrainischen Volksrepublik folgendes:

1. Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates erstrebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt und den Frieden zwischen allen gegenwärtig kriegführenden Staaten, einen allgemeinen Frieden, an.
2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Frieden muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinsten Volke und Staate das volle, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.
3. Für die Ermöglichung des wirklichen Willensausdruckes der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden.
4. Es ist demnach jedwede Annexion, d. h. jedwede gewaltsame Angliederung oder Uebergabe irgend eines Landteiles ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig.
5. Ebenso unzulässig sind vom Standpunkte der Interessen der arbeitenden Massen jedwede Kriegsentschädigungen, welche Form auch immer ihnen beigegeben würde.
6. Den kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges den beträchtlichen Schaden der Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß von Regeln, die auf den Friedenskongressen ausgearbeitet werden müssen, materielle Hilfe erwiesen werden.
7. Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält und in völkerrechtlichen Angelegenheiten vertreten wird durch ihre Regierung, welcher der Schutz der ukrainischen Volksinteressen obliegt und die selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können.
8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus den Verhandlungen mit den gegen Rußland Krieg führenden Mächten eventuell resultierende Frieden für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet würden.
9. Im Namen des gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung (und zwar ausschließlich eine Bundesregierung) Frieden schließen, die von allen Republiken und staatlich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde.

Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur eine geeignete Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen.

An den Prinzipien eines demokratischen Friedens unerschütterlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig die möglichst rasche Herbeiführung dieses allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht allen Versuchen bei, die seine Verwirklichung näher bringen können. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, eine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu besitzen, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgiltige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongreß erfolgen wird, zu dessen Beschickung die Regierung der ukrainischen Volksrepublik alle Kriegführenden auffordert.

Präsident des Generalsekretariats, Winnitschenko.
Staatssekretär für internationale Angelegenheiten, Schulgin.

Unter den Dolomiten.

Roman von Konrad Telmann.

(Nachdruck verboten.)

...n dem wilden Kaverl fühlte Innocenz von dem ersten ..., da er zu der Andreasalp hinaufgestiegen war, eine ... Sympathie. Er war ganz anders als die übrigen ..., die dem Mönch rauh und scheu gegenübertraten ...nd sein Erscheinen auf ihrer ... [illegible] Kaverl ... seine ganz eigenartige ... [illegible] In der ... [illegible] ... der ... [illegible] ... den Mönch ... [illegible] ... Innocenz an ... [illegible] ... Kaverl mit diesem ... [illegible] ... der Senn ... [illegible] ... Geschichten und Sagen der Gegend erzählte, in denen ... [illegible] ... Dingen ... [illegible] ... für den Mönch ... [illegible] ... Sterben ... [illegible] ... Kaverl ... [illegible] ... und sein Glaube ... [illegible] ... Kirche ... [illegible] ... Kaverl ist ein ... [illegible]

[illegible]

[illegible] ...wenn ... [illegible] ... auf dem ... [illegible] ... Der Senn sah ihm schweigend zu, wie er sich ... [illegible] ... Wasser ... [illegible] ... es ... [illegible] ... Bruder Innocenz ... [illegible] ... Kaverl ... [illegible]

„Wie gefällt's Euch, Kaverl?" fragte der Mönch, ihm die ... [illegible] ... Ich bin nicht ... [illegible] ... Ich glaube, Kaverl, ich ... [illegible] ... als ich je werde ... [illegible]."

Er ... [illegible] ... Der Senn ... [illegible] ... Bruder Innocenz ... [illegible] ... der Vogel hat ... [illegible]

„Kaverl", sagte der Mönch. „Aber wo soll ich hier einen ... [illegible]? ... [illegible]"

Der Senn ... [illegible] ... „Wer weiß, ob es ein ... [illegible] ... Bruder Innocenz?"

„Wie ... [illegible] Du das, Kaverl?"

„Ich mein' halt so, wenn Ihr die Bilder ... [illegible]"

„Es gibt aber ... [illegible] Bilder hier."

„... [illegible] ... Der Mönch ... [illegible] ... im Geb'rg' ... [illegible] ist, dortyn gefahrt, und da hat der die Augen weit aufgerissen und hat gesagt, das wären Schätze, und man wüßte in der Welt gar nichts davon, und hier könnte kein Mensch das würdigen, was da an die Wand gemalt wäre. In Wien würden sie viele tausend Gulden dafür hergeben, wenn man's herunternähme und hinschaffte, aber das würden die Leute hier natürlich nicht leiden, und es sei ein Jammer und eine Sünde. Und so dergleichen hat er mehr gesagt. Also mein' ich wohl, es müssen rare Bilder sein. Und vielleicht könnt Ihr von den Bildern etwas lernen, Bruder Innocenz, wenn Ihr doch keinen andern Lehrer hier habt."

Der Mönch hatte erstaunt zugehört. „Sind es Heiligenbilder?" fragte er.

„O nein, es sind auch andere darunter", versicherte Kaverl, „und ich mein': die Berge und Täler, die dort zu sehen sind, die sind hier in der Wirklichkeit, das sind ganz die gleichen. Die Kapelle ist in ganz alten Zeiten eine Wallfahrtskapelle gewesen, müßt Ihr wissen. Da sind alle hinaufgepilgert, die von Welschland kamen und nach Welschland gingen. Den heiligen Ulrich haben sie erst viel später dort hineingebracht, und sein Bild, das über dem Altar steht, ist auch viel neuer und ... [illegible] als die an den Wänden. Ich mein', Ihr solltet hingehen, Bruder Innocenz."

„Ich will heute noch hinüber", sagte der Mönch erregt.

Der Senn hatte Mühe, ihn zu bestimmen, daß er wenigstens erst einen Imbiß nahm, ehe er aufbrach. Als sie in der Hütte zusammensaßen und die kurze Lisl ihnen den Schmarren auftrug, auch Milch und Kaffee dazu brachte, fragte Kaverl plötzlich: „Weshalb malt Ihr keine Heiligenbilder, Bruder Innocenz?"

„Weil ich denke, das sollten nur große Künstler tun, und es sollte nur herrliche Heiligenbilder geben oder gar keine. Denn wenn sie nicht würdig und schön sind, können sie auch nicht zur Andacht stimmen und sind eigentlich trotz aller guten Absichten der Meister, die sie schufen, nur Lästerungen und bringen Gefahr."

Dazu nickte der Senn. „Wohl, wohl", sagte er mit seiner tiefen Stimme, „das habe ich selber auch schon gedacht. Wenn man zum Beispiel den heiligen Ulrich in seiner Kapellen da oben anschaut. — Ihr werdet's ja sehen, da könnt' einem das Beten vergehen. Ich mein' halt überhaupt, man sollt' sich kein ... [illegible] machen vom Herrn Christus und der Jungfrau und ... [illegible] Heiligen, daß ist das rechte nicht. Zu einem ... [illegible] man nicht beten. Man muß sie wohl immer vor ... [illegible] wenn man an sie denkt, aber mit Händen muß man sie nicht greifen dürfen. Das ist alles Holz und bemalte Leinwand und kann morsch und brüchig werden und grau sein und absterben. Das soll' nicht sein. Das, zu dem man betet, muß ... [illegible] sein, als alles, was man sieht, und nicht menschen... [illegible]"

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Absichten im Osten.

Ein kurzes aber interessantes Telegramm meldet, daß durch Verfügung des Oberbefehlshabers Ost die Kreise Augustowo und Suwalki aufgelöst worden sind; dafür wurde eine selbständige Militärverwaltung Suwalki gebildet.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser Maßregel einen Hinweis auf die angestrebten Grenzsicherungen zum Schutze Ostpreußens erblickt.

Englische Bedenken gegen Wilson.

Amsterdam, 10. Januar. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß Wilsons Botschaft zwar von der Presse der Arbeiterpartei und den Liberalen in England mit Beifall begrüßt wurde, daß die konservativen Blätter sie aber kühl und mit Argwohn aufgenommen haben. Die „Times" schreibt:

Die hauptsächlichste Kritik, die vorsichtig denkende Menschen daran üben werden, ist, daß Wilson gewisse harte Wirklichkeiten nicht genügend berücksichtigte. Einige der Vorschläge, die Wilson macht, scheinen von der Voraussetzung auszugehen, daß das tausendjährige Reich auf Erden nahe bevorstehe. Wilson wünscht z. B. vollkommene Freiheit der Meere im Frieden und im Kriege festzulegen, außer im Falle eines internationalen Auftretens zum Schutze internationaler Verträge. Die Erfüllung dieses Wunsches würde natürlich von der Errichtung eines Völkerbundes abhängen, wie er ihn beabsichtigt. Indessen bilden die Alliierten den Kern des zukünftigen Bundes und enthält die Lehre des Präsidenten nichts, was die Seemächte, wie die Vereinigten Staaten und uns hindern könnte, um im Falle von groben Völkerrechtsverletzungen, wie jetzt in Belgien, Widerstand zu bieten. Ein anderer Vorschlag Wilsons ist das Verbot vertraulicher internationaler Abmachungen jeder Art, das die besondere Zustimmung unserer Arbeiterorganisationen gefunden hat. Ehe aber der Völkerbund zu Stande gekommen ist, kann es doch notwendig sein, vertrauliche Abmachungen zu Verteidigungszwecken zu treffen.

Ein Ruf der Aegypter.

Berlin, 10. Januar. (W. T.-B.) Von dem Präsidenten des ägyptischen Nationalkomitees wird uns folgende Kundgebung an den Vorsitzenden des Friedenskongresses in Brest-Litowsk übermittelt:

Die in Berlin versammelten Mitglieder der ägyptischen Nationalpartei haben die Ehre, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Notwendigkeit der Befreiung Aegyptens im Sinne des von allen Mächten angestrebten Nationalitätenprinzips zu lenken. Die Sowjets in Petersburg haben sich feierlich für dieses Prinzip sowohl als für die Freiheit der Meere erklärt. Die Befreiung Aegyptens ist um so notwendiger, als die Neutralität des Suez-Kanals nicht wirksam werden kann, solange England Aegypten besitzt, wie der gegenwärtige Krieg zur Genüge bewiesen hat. Unsere Forderung beruht erstens auf dem natürlichen Recht, das jeder Staat besitzt, sich selbst zu regieren und sich seiner Eigenart gemäß zu entwickeln; zweitens auf den Verzichtsvertrag von Therapia vom Juni 1882; drittens auf dem Vertrag von London vom Juni 1884 usw. Solange unser Kanal unter der Kontrolle irgend einer Großmacht steht, kann die Freiheit der Meere, die eine der Grundprinzipien der Demokratie im allgemeinen und der russischen Sozialisten im besonderen bildet, nicht in wirksamer Weise gewährleistet werden. Nur ein freies Aegypten kann uns schützen und sämtlichen Nationen während des Krieges und in Friedenszeit freie Durchfahrt garantieren. Aegypten, das mehr als andere Nationen die zur Anwendung des Nationalitätenprinzips notwendigen Vorbedingungen besitzt und dessen geographische Lage an einer großen internationalen Verkehrsstraße seine Befreiung dringend notwendig macht, ist überzeugt, daß dieser Kongreß, der sich versammelt hat, den Krieg zu beenden und eine Wiederholung des entsetzlichen Blutvergießens zu verhindern, seine natürlichen und unverjährlichen Rechte anerkennen wird.

Im Auftrage des Komitees:
Mohammed Farid Bey, Präsident.

Die Anerkennung Finnlands.

Helsingfors, 9. Januar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Stadt (die neue Hauptstadt) ist anläßlich der Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands seit zwei Tagen beflaggt. Der Hauptausschuß der sozialdemokratischen Partei wünscht den russischen Genossen seine Dankbarkeit auszudrücken und schlägt eine festliche Veranstaltung vor, zu der Vertreter aus Rußland erwartet werden. Ein Erlaß setzt die unverzügliche Einsetzung eines revolutionären Gerichtshofes fest.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 10. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Ypern am Nachmittage lebhafter Artilleriekampf. Westlich von Zandvoorde scheiterte ein starker nächtlicher Erkundungsvorstoß der Engländer. — An der übrigen Front blieb die Gefechtstätigkeit gering.

Im Dezember beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Fesselballone und 119 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampfe 82 Flugzeuge und 2 Fesselballone verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Berlin, 10. Januar abends. (WTB.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 10. Januar. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz. Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz. Westlich von Asiago wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 10. Januar. (WTB) Es bestätigt sich, daß die Franzosen bei ihrem Angriff westlich von Flirey am 8. Januar, der mit einer völligen Niederlage endete, außerordentlich hohe Verluste erlitten. In einem schmalen Abschnitt wurden allein über 100 tote Franzosen gezählt. Sehr interessant ist demgegenüber die Angabe des Funkspruches Lyon vom 10. Januar 4 Uhr 40 Minuten vormittags, der meldet, daß die Verluste der Franzosen außer einigen Leichtverwundeten nur 6 Tote betragen hätten.

Trotz des schlechten Wetters setzten die Engländer und Franzosen unter starkem Feuerschutz in größerer Stärke ihre Erkundungs-Versuche in Flandern fort. Westlich von Zandvoorde scheiterten stärkere englische Patrouillenangriffe restlos. Auch auf den übrigen Stellen der Westfront konnten vorgehende Erkundungsabteilungen nicht einmal bis an unsere Hindernisse herangelangen.

Der Unterseebootkrieg.

Berlin, 9. Januar. Amtlich. Trefflich durchgeführte Angriffe brachten einem unserer erfolgreichsten U-Boot-Commandanten Kapitänleutnant Steinbrinck, im Westausgang des Aermel-Kanals einen Erfolg von 27 000 Brutto-Register-Tonnen ein.

Von den sechs zum größten Teil bewaffneten Dampfern wurden drei große tief beladene aus einem durch Zerstörer, Fischdampfer, Luftschiffe und Flugzeuge besonders stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen. Art und Stärke der Sicherung lassen darauf schließen, daß es sich um Schiffe mit ganz besonders wertvoller Ladung handelte. Einer dieser Dampfer war vom Einheitstyp und mindestens 5000 Tonnen groß.

Unter den übrigen versenkten Schiffen befand sich der brasilianische (nach Angabe der Besatzung englische) Dampfer „Clare", 3324 Tonnen). Außer den sechs Dampfern wurde ein Vollschiff von mindestens 1500 Tonnen vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein englisches Lazarettschiff versenkt?

London, 10. Januar. Reuters Bureau meldet amtlich: Das englische Hospitalschiff „Rewa" wurde torpediert und sank am 4. Januar gegen Mitternacht im Bristol-Kanal auf dem Heimwege von Gibraltar. Alle Verwundeten wurden auf Patrouillenschiffe gerettet. Die Verluste betrugen 3 Mann der Besatzung, 3 Laskaren werden vermißt. Das Schiff fuhr mit allen Lichtern und den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen Abzeichen. Es befand sich nicht in dem sogenannten Sperrgebiet, wie es in der Erklärung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 festgelegt worden ist.

Dazu wird von deutscher Seite bemerkt: Da die U-Boote, die hierfür in Frage kommen könnten, zurzeit noch auf See sind, können sich die zuständigen Stellen, wie das Wolff-Bureau hierzu erfährt, noch nicht abschließend äußern. Es wird von unterrichteter Stelle aber für ausgeschlossen gehalten, daß das Schiff durch ein U-Boot torpediert wurde. Demnach kann nur eine Versenkung durch Minen in Frage kommen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Polendeputation, die den deutschen Kaiser aufgesucht hat, ist nun auch in Wien bei dem österreichischen gewesen, wo ähnliche Trinksprüche wie in Berlin gewechselt wurden.

Ein Mitglied der ukrainischen Deputation, Rittmeister Gatschenko, ist aus Brest-Litowsk in Berlin eingetroffen und beabsichtigt, sich mit Genehmigung der deutschen Behörden zum Kuraufenthalt nach der Schweiz zu begeben. — Nur seine Gesundheit wird der Herr in der Schweiz wohl nicht suchen, sondern noch etwas mehr.

Politische Uebersicht.

Ein Ruhmesblatt der Vaterlandspartei.

Am Montag abend sind in einer Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei in Berlin einarmige und [illegible] Kriegsbeschädigte, die das Eiserne Kreuz an der Brust trugen, mit Fäusten und Stöcken bearbeitet und zur Türe hinausgeworfen worden, weil sie sich erlaubten, mit den Herren Fuhrmann, Gildemeister und Baumeister nicht einer Meinung zu sein. Zugegeben, daß diese Meinungsverschiedenheit vielleicht in urtümlichen Ausdrücken in Erscheinung getreten ist — der Schützengraben ist eben keine Erziehungsanstalt für adlige Fräulein —, so bleibt das Verfahren, das in Berlin von patriotischen Kriegsgewinnern an armen Kriegsverletzten geübt worden ist, doch ein ewiges Dokument der Schande für den Geist, der in der Vaterlandspartei und ähnlichen Organisationen gezüchtet wird. Daß die Vaterlandsmänner mit Fäusten und Stöcken gegen arme Kriegskrüppel vorgegangen sind, die sie, nebenbei gesagt, selbst zu ihrer Versammlung eingeladen hatten, das gibt ihnen in den Augen aller anständig Denkenden den Rest. Wir rufen das ganze deutsche Volk auf, Zeuge zu sein [illegible] Vorfalls, und fragen es, auf wessen Seite es sich stellen will: auf die Seite der Männer, die draußen mit ihrem Blut das Land verteidigten und jetzt als heimgekehrte Invaliden für einen ehrenvollen Frieden eintreten, oder auf die Seite jener, die nichts geopfert haben als ihre Stirne, die sie sich nach [illegible] Eroberungszielen heiser schreien. Das Urteil des Volkes kann nicht zweifelhaft sein, und die Vaterlandspartei tut am besten, wenn sie so rasch wie möglich in die Versenkung verschwindet. Tut sie das nicht, so wird sie überall, wo sie sich bemerkbar macht, an ihre Schande erinnert werden. Das wird sie nie wieder los.

Ermittelungsverfahren gegen Neuköllner Magistratsmitglieder.

Gegen den Neuköllner Oberbürgermeister Kaiser und Stadtrat Mier hat jetzt der Staatsanwalt ein Ermittelungsverfahren wegen Höchstpreisüberschreitungen, gegen Stadtrat Adam ein gleiches Verfahren wegen Saatgutunterziehung eingeleitet. Wie wir hören, wird das Kriegswucheramt auch gegen jene Kommunen und Großbetriebe einschreiten, die sich ähnliche „Verfehlungen" zuschulden kommen ließen.

Das kann ein Rattenkönig von Prozessen werden, der fünf Jahre Hunderte von Richtern beschäftigt.

Jordan von Kröcher gestorben. Wie drahtlich gemeldet wird, ist der deutschkonservative Landtagsabgeordnete, frühere Präsident des Abgeordnetenhauses, Wirkliche Geheime Rat, Exzellenz Jordan v. Kröcher, in der Nacht zu Donnerstag auf seinem Gute Vinzelberg, Kreis Gardelegen, gestorben.

Mit Kröcher geht ein verbissener Arbeiterfeind und Sozialistenfresser dahin. Er war es, der jahrelang die provozierendsten Reden gegen die junge Arbeiterbewegung hielt, in denen er die gewaltsame Unterdrückung derselben durch Polizei und Staatsanwälte forderte, nur zu oft mit Erfolg. Als er den Abgeordneten Borchardt mit Gewalt aus dem Parlament hinausbringen ließ, war es aber bald mit seiner Präsidentschaft im Abgeordnetenhause vorbei, und aus dem Reichstage, welches Mandat er nur Wahlbeeinflussungen verdankte, durch den jungliberalen Abgeordneten Böhme verdrängt. In den letzten Jahren war der Verehrer des „starken Mannes" gegen den „inneren Feind" stiller geworden.

Aus aller Welt.

Athies.

Da ruhen sie nun in langen Reihen, die alten Geschlechter aus dem Städtchen unten. Hübsch getrennt nach Rang und Besitz, wie sie es trotz aller Zusammengehörigkeit auch im Leben gewesen. Die Mitte des Friedhofs ist für die Reichen, die Besseren, freigelassen. Hier stehen prunkvolle Familiengrüfte, weiße Grabsteine künden das Lob der Toten, die unter ihnen ruhend, den ewigen Schlaf schlummern. Seitwärts aber und hinten am äußersten Ende des Totenackers liegen die armen Bürger. Unscheinbarer Rasen deckt ihr Grab, oder Efeugewinde. Vielleicht, daß eine liebende Hand einige Blumen spendete oder ein Perlenkränzchen, oder einen Busch künstlicher Ranken.

Still und verlassen liegt der Friedhof. Selten, daß sich jemand aus dem halbzerstörten Orte hierher verirrt. Wer es nicht unbedingt nötig tat, läßt es lieber, denn so oft drüben am anderen Ufer der Somme ein dumpfer Knall ertönt, zischt es unheimlich über den Wipfeln der alten Buchen und Lebensbäume und krachend entladet sich eine Granate in der Nähe. Nicht einmal im Grabe finden die armen Toten ihre Ruhe: So manchen, der schon jahrelang unter dem Rasen lag, schleuderte ein krepierendes Geschoß aus der Erde heraus. —

Ich sitze auf einem prächtigen Erbbegräbnis. „Jean Bonhomme", steht in goldener Schrift in den kostbaren Marmor gegraben. War er wirklich ein guter Mann gewesen im Leben? Wer kann es wissen! Es ist vielleicht auch gleichgültig. Was ist gut!

Eine Granate hat sich in der Nähe eingebohrt. Die kräftige Eiche ist wie ein Streichhölzchen geknickt, eiserne Totenkränze verbogen. Vom Erbbegräbnis fehlt eine Ecke. Das Stück Marmor liegt mir zu Füßen.

Vom Orte her, den Hohlweg hinauf tönt dünner, leiser Gesang, der langsam anschwillt. Ein Leichenzug. Voran schreitet ein alter Mann in seltsamer Uniform, den Dreispitz auf dem Kopfe. Zwei Chorknaben folgen. Dahinter geht der Pfarrer. Nicht feierlich gemessen, sondern hastig, nervös. Und seine Augen suchen immer [illegible]

Und hastig folgen die Träger mit dem Sarge und die paar Frauen, die ihn begleiten. Eilig senkt man den Toten in die Grube. Ein kurzes Gebet, und die Gesellschaft verschwindet, wie sie gekommen. Ein alter Mann schaufelt das Grab zu. —

Weit hinten, in der Armenreihe, liegen einige Kameraden. Schlichte Holzkreuze bezeichnen ihre Ruhestätte. Die Hügel sind eingesunken. Dort schläft mein Neffe. Gestern las ich seinen Namen auf einem der Kränze. Hier also mußten wir uns wiederfinden, und so! Du, der hoffnungsvolle Jüngling, liegst schon still unter der Erde, und ich lebe noch!

Heute noch.

Und ich habe dein Grab mit Rasen belegt. Eine Monatsrose habe ich zu deinen Häupten gepflanzt. Immergrün wuchert jetzt auf deiner Decke. Mehr kann ich nicht für dich tun.

Wer weiß, ob ich es nicht bald selbst nötig habe!

Bureaukratius. Dem Amtsschimmel fehlt es nicht an Hafer — er frißt ihn sogar heute noch, wie nur je. Ein in dieser Beziehung lehrreicher Fall, der sich bei Kiel ereignete, möge es beweisen. Ein Arbeiter hat ein vier Monate altes Kind, das, wahrscheinlich infolge mangelnder Mutterbrust, nicht gedeihen will. Der Vater wendet sich an einen Kieler Arzt, der in einem Zeugnis bestätigt, daß das Kind an Ernährungsstörungen leidet, weshalb es vorläufig auf die Dauer von zwei Monaten wöchentlich ein halbes Pfund Haferflocken haben müsse. Am 6. Dezember wurde das ärztliche Zeugnis an den Kreisarzt in Plön abgeschickt, wo es nach dem aufgedruckten Stempel am 8. Dezember eingetroffen ist. Am 14. Dezember, also volle acht Tage nach Absenden des Zeugnisses, kommt es wieder in Kasdorf an mit dem Vermerk: „Ungiltig, weil das Attest nicht die vorgeschriebene Form hat." Der Kieler Arzt hatte nämlich ein gewöhnliches Stück Papier genommen, sein Attest darauf geschrieben, mit seinem Namen unterzeichnet und seinen ärztlichen Stempel darunter gesetzt, anstatt das vorgeschriebene vorgedruckte Formular zu verwenden. Der Vater versäumt einen halben Tag Arbeit und läßt sich auf dem vorgeschriebenen Formular bestätigen, daß die Ernährungsstörungen ernster Art sind. Dieses Zeugnis geht dann wieder zum Kreisarzt, von dem man erst nach einer Woche die Genehmigung erhalten konnte, daß die beantragten Haferflocken verabfolgt werden dürfen. Wenn aber inzwischen das Kind an Unterernährung [illegible]

Hauptsache bleibt, daß der Bureaukratismus zu seinem Rechte gelangt und das vorgeschriebene Formular verwendet worden ist" . . .

Opfer des Schnees in Ostpreußen. Bei den heftigen Schneestürmen, die in der ganzen Provinz viel Unheil anrichteten, haben nach den bisherigen amtlichen Feststellungen 19 Personen den Tod gefunden.

Die Pest in China. Zwischen Peking und Fengchen wurde der ganze Post- und Güterverkehr eingestellt, da unter den Reisenden von Taiungfu nach Fengchen ein Pestkranker entdeckt worden ist. Im Umkreise von wenigen Meilen von Fengchen wurden zahlreiche Pestfälle festgestellt. In Fengchen befinden sich viele pestverdächtige Personen.

Der Butter stehlende Polizeibeamte. Der Cöthener Polizei-Nachtwachtmeister Gerhardt, der dabei abgefaßt wurde, als er mit einem gestohlenen Schlüssel in die städtische Butter-Verkaufsstelle eindrang und dort Butter entwendete, hat sich nach der „Magdeb. Ztg." in seiner Wohnung erschossen.

Der Preissturz für Lebensmittel in Polen. Wie sich aus Warschauer Blättern ergibt, fielen seit Beginn der Friedensverhandlungen in Warschau die Preise für Zucker von 6 Mk. das polnische Pfund (420 Gramm) auf 3,20 bis 3,40 Mk., für russischen Tee von 55—60 auf 30—35 Mk. das polnische Pfund, für Grütze von 100 auf 64 Mk. das Pud (etwas weniger als 16,5 Kilo), für Kaffee von 750 auf 450 Mark das Pud, für Heringe von 3—3,50 auf 2—2,30 Mk. das Stück. Es stellt sich dabei heraus, daß Waren noch von russischer Zeit her auf den Markt kommen, die in Erwartung noch höherer Preise bisher zurückgehalten worden waren.

Merkwürdige Selbsteinschätzung. Die Viehzählung in der Gemeinde Hachingen hat, wie der „[illegible]" mitteilt, zu einem merkwürdigen Ergebnis geführt. In der drei große Ortschaften umfassenden Gemeinde mußte die Schweinezucht ganz ausgestorben sein, denn die [illegible] Liste schloß mit einer Gesamtzahl von zwölf Stück Borstenvieh ab. Die geringe Zahl ließ Reden aufkommen, ob sich nicht mancher Schweinezüchter etwas verzählt habe. Und siehe da, eine behördliche Nachschau ergab, daß die Schweinebesitzer der Gemeinde Hachingen tatsächlich in der Zählung sehr weit zurück sind, denn sie wies ein Ergebnis — von über 200 Schweineköpfen auf.

Kleinsparverkehr(?). Im Dezember sind bei der Dresdener Sparkasse 6,37 Millionen [illegible] 4,55 Millionen [illegible]

Familiennachrichten.

Am 9. d. Mts. verschied nach langen, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden, die er sich im Felde zugezogen hat, mein innigstgeliebter Mann, der treusorgende Vater seiner 4 Kinder, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann

Paul Skrzippek

im Alter von 38 Jahren. 9546

In tiefem Schmerz

Breslau, Frankfurterstr. 9, den 9. Januar 1918

Die tieftrauernde Gattin
und 4 Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittag 1½ Uhr, in Lüben statt.

Am 9. Januar verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser

Paul Skrzippek

im Alter von 38 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 9548

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
(Verwaltungsstelle Breslau).

Beerdigung: Sonnabend, den 12. Januar, in Lüben i. Schl.

Am 9. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Mitglied, der Schlosser

Paul Skrzippek

im Alter von 38 Jahren 2 Monaten.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. Januar, in Lüben statt. 9547

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Breslau.

Am 8. Januar starb nach langem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied

Joseph Neumann

aus Breslau. 9559

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Palast-Theater

Erst-Aufführung! Der gewaltigste Film dieser Spielzeit!

3 große Abteilungen, 24 Akte

AHASVER
der ewige Jude.

1. Abteilung, **8 Akte**, von **R. Reinert**, Verfasser des Riesenwerkes: **„Homunculus"**.

In der Hauptrolle: **Carl de Vogt.**

Menschen, die ihr vor dem Sterben zittert, wisset: Einen gibt es, der den Tod sucht! Fast 2000 Jahre — seit dem Tage von Golgatha — irrt dieser Aermste, ruhelos, verzweifelt durch die Welt . . . !

1. Akt: Ahasvers seltsames Gesicht.
2. Die Ruhelosigkeit der ganzen Menschheit, — das ist Ahasver.
3. Der gewaltige Prediger von Jerusalem. — Man führt ihn zum Tode. 9545
4. Ahasver aber verjagte ihn von seiner Schwelle
5. Ich will den Kampf, ich hasse das Mitleid.
6. Ahasvers Ehe, Schwur und Eidbruch.
7. Furchtbare, geheimnisvolle Macht.
8. Ahasver kämpft um das Recht zu sterben.

Keine erhöhten Preise.

Vorstellungen: ¼4, ¾5, 6, 7½, 8¾ Uhr.
Sonntag ab ½2 Uhr: Vorstell. f. Rüstungsarbeiter.

Kabarett Fürst Blücher.
Erstklassige Künstler-Kräfte.

Lotte Harn
Stimmliche Soubrette.

Lucie Morena
Konzert-Sängerin.

Vilma Schönau
Verwandlungs-Tanzakt.

Hans Becker
der urkomische Humorist.

Erstklassige Weine u. vorzügliche Küche.

Eintritt frei. 9519

Stadt-Theater.

Freitag 7 Uhr:
„Don Giovanni".
(Don Juan.)
Sonnabend 7 Uhr:
Mignon.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
„Was Hans und Liesel im Zauberwald erlebten".
Abends 7 Uhr:
„Hänsel und Gretel".
Sonntag:
„Die Abreise".
Montag 7 Uhr:
„Die toten Augen".

Die Ausgabe der Gutschkarten für die [illegible] findet Sonnabend, nachmittags von 3—5 Uhr, an der Theaterkasse statt.

Lobe-Theater.

Freitag, Sonnabend, Sonntag 7½ Uhr (Kl. Pr.):
Aschenbrödel.
Freitag 7½ Uhr:
„Liebe".
Sonnabend und Sonntag 7½ Uhr:
„Die beiden Seehunde".

Thalia-Theater

Freitag und Sonnabend 7½ Uhr:
„Die beiden Klingsberg".
Sonntag und Sonntag 3½ Uhr (Kl. Pr.):
Rotkäppchen.

Schauspielhaus

Theaterstraße. Telefon 2545.
Freitag 7½ Uhr:
„Die Csardasfürstin".
Sonnabend, Sonntag und Montag 7½ Uhr:
„Die Rose von Stambul".
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Der fidele Bauer.

Dominikaner!!

[illegible]

Vorverkauf gültig.

Ich halte wieder Sprechstunde
9—1 2—4
Dr. W. Ritter.

Liebich-Theater

Heute abends 7½ Uhr:

Willy Prager

Dewyn u. Jerom
Komischer Balanceakt

Lorch-Familie
Die weltbekannten Ikarier

Schwestern Klös
[illegible]

Käti Starling
„Ein Tanzwunder"

und der unübertreffliche
Neujahrs-Spielplan.

Sonntag:
[illegible]
Familien-Vorstellung.

Viktoria-Theater.

Heute und täglich 8 Uhr:

Blatzheim

Herzlich willkommen.

Sonntag 3½ Uhr:
Nachmittags-Vorstellung.

Orchester-Verein

Montag 14. Januar, 7½ Uhr
im Konzerthaus, Gartenstr. 39
5. volkstümliches Symphonie-Konzert

Leitung: Hermann Behr.
Solistin: Frl. Lotte Kulla. (Violine).

Ouvertüre zu „Der fliegende Holländer" . . Wagner
[illegible] Symphonie
[illegible]
[illegible] 1.75, 1.25 u. 1.—
[illegible]

Deutscher Kaiser.
M M
9535

Theater - Variete

Größter Erfolg
erzielt
der neue Januar-Spielplan:

Maxe auf'n Witwenball
und das reichhaltige
Riesen-Programm.

Vorverkauf [illegible].

Circus Busch

Luisenplatz
Telefon 3824
Heute 7½ Uhr:

Assad, der Riesenmensch,
der durch ein Schlüsselloch kriecht.

Pienet & Gasmahaschin,
fängt eine abgeschoss. Granate m. d. Hand, auf

Dir. Blumenfelds Freiheitsdressuren
etc. und das übrige abwechslungsreiche Januar-Programm.

Zum Schluß: Die große Prunk-Ausstattungs-Pantomime in 5 Akten:
Die Geisterprinzessin.

Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 3½ Uhr:
Große Extra-Kinder-Vorstellung.
Auf allen Sitzplätzen hat jeder Erwachsene ein eig. Kind frei, weitere Kinder halbe Preise.

Vorverkauf: [illegible]

Eden-Theater
9535

Nikolaistraße 27.
Freitag—Montag:

Die Faust des Riesen
II. Teil.
Familien-Tragödie.
In der Hauptrolle:
Henny Porten

Sonntags ab 1 Uhr
[illegible]

Licht-[illegible]spiele U.T

9534

[illegible]

Ein Märchen aus 1001 Nacht.
[illegible]
Sens. Krim. sp. en. Abenteuer-tragödie in 4 großen Akten.
Der Hut meiner Frau.
Urkomisch, [illegible] Liebesabenteuer in 2 Akten.
u. d. übrige erstklass. Spielplan.
[illegible]

Jam.-Rum
Cognac
Kirsch mit Rum
[illegible] ausgeschenkt
Em. Friedländer
9497
[illegible]

Für des Vaterlandes Bestand und Zukunft!

Wer seinen Goldschmuck zu den Goldankaufsstellen trägt, stärkt die Wirtschaftskraft des Vaterlandes.

Gastwirtschaft und Garten **Kriegerheim** Bellstraße 6

Sonnabend, den 12. Januar:

Großer Familien-Abend zu Gunsten des Distrikts 8

Anfang 4 Uhr.

Es ladet ergebenst ein [9642] **Max Erdmann nebst Frau.**

Trauer-Hüte

in bekannt großer Auswahl und billigen Preisen. 9[illegible]

Schmiedebrücke 15/16 **Hulda Siedner** Ecke Kupferschmiedestr.

Telefon 3748. Bitte meine Schaufenster zu besichtigen. Telefon 37[illegible]

Fachmännisch beraten,
gut u. zuvorkommend bedient werden Sie bei mir. 9006

Optiker Garai, Albrechtsstr. 3.

Versammlungen u. Vereine

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Breslau.

Sonntag, den 13. Januar 1918, nachm. 3 Uhr:

General-Versammlung

in den
Union-Festsälen, Reuschestraße 51

Tagesordnung:
1. Bericht vom außerordentlichen Verbandstag.
2. Geschäftsbericht 1917.
3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
4. Verbandsangelegenheiten.

Kolleginnen und Kollegen! Sorgt für zahlreichen Besuch zu der wichtigsten Versammlung im Jahre. Um auch den auswärtigen Mitgliedern Gelegenheit zur Teilnahme zu geben, ist zu dieser Versammlung ein Sonntag nachmittag ausersehen worden.

Also auf! Alle in die Versammlung!

— **Kein Mitglied darf fehlen!** —

Achtung! Weihnachtsgabe!

Die Auszahlung der Weihnachtsgabe an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder findet **nur bis zum 31. Januar 1918 statt.** Später Kommende können nicht mehr berücksichtigt werden. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Breslau.

Montag, den 14. Januar 1918, abends 8 Uhr,
im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses 9556

Klempner-Versammlung.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Branchenleitung.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate
in der Volkswacht kosten die kleine Zeile
nur 20 Pfennige

Tüchtige Automobil-Reparateure, Schmiede, Schlosser
sowie einige junge Arbeitsburschen
sofort gesucht. 9511
Adlerwerke, Tauentzienstrasse 4.

Werkzeug-Schlosser
welche gut feilen können, für Schnitte u. Stanzen,
1 Hanshälter oder kräftiger Laufbursche
sofort gesucht 949[illegible]
Carl Joseht, Augustastraße 9.

Junges Mädchen
zum Einkaufen und Stadtwegen gesucht.
[illegible] Höfchenstr. 55, [illegible]

Jung. Schlosser
kann sich melden (Stundenverdienst 1.— Mk.) b. Scholz bei [illegible]

Kauf

Frauenhaare kauft zu höchsten Preisen [illegible] Poststr. 5. [illegible]

Möbel und Betten
[illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Januar.

Einfach erschießen!

Die westpreußische Abteilung des Bundes der Landwirte hat sich am Sonnabend in Marienburg mit den Wirtschaftsfragen befaßt, wozu Freiherr von Wangenheim ausführte, daß große landwirtschaftliche Organisationen zur Förderung der Zuführung des Erzeugten an die Verbraucher ins Leben gerufen werden sollten. Die Nahrungsmittel sollten innerhalb der Kommunen durch Verbraucherorganisationen an die Bevölkerung gebracht werden.

Diese Versammlung wurde natürlich zu einer politischen Demonstration für die alldeutschen Bestrebungen benutzt, wie die Breslauer Versammlung des Bundes der Landwirte ebenfalls. Herr von Wangenheim sprach auch über den Frieden und meinte:

„Der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegsentschädigung abschließt, muß als Landesverräter erschossen werden."

Das Erschießen spielt auch in der folgenden Rede des Kammerherrn von Oldenburg-Januschau eine große Rolle. Dieser sprach sich dahin aus:

Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter sich weigern sollten, für den Heeresbedarf zu arbeiten, dann müßte man sie zur Arbeit zwingen und ihre Rädelsführer, die er als Hundsfötter bezeichnete, müßte man an die Wand stellen und erschießen.

Diese neue Beschimpfung der Arbeiter kommt zu den übrigen. An Roheit und Brutalität läßt sich diese Sippschaft von keinem Engländer überbieten.

Zum Schlusse schickten die Agrarier folgendes Telegramm an den Reichskanzler:

„Euer Exzellenz Antwort auf die Unverschämtheit der russischen Unterhändler ist mit dankbarer Freude als ein Zeichen wiedererwachenden Kraftbewußtseins im ganzen Lande begrüßt worden. Wie unsere heranwachsenden Heere so werden auch die schaffenden Stände durchhalten in treuer Pflichterfüllung bis zum Siege. Wir fordern, daß nur ein Frieden geschlossen wird, welcher der ungeheuren Opfer an Gut und Blut wert ist und der durch Verbesserung unserer Grenzen die deutsche Ostmark vor einer Wiederholung feindlicher Raubzüge sichert. Wir fordern ferner, daß bei der bevorstehenden Entscheidung über Deutschlands Zukunft in erster Linie die Vertreter der schaffenden Stände gehört, und daß die Anmaßung einer machthungrigen Demokratie in die gebührende Schranke gewiesen werde."

Sie wollen also durchhalten bis zur Erzielung von Eroberungen, „in treuer Pflichterfüllung" — zu der sie Aufrufe ihrer Interessenvertretungen nun schon dreiundeinhalb Jahr lang vergebens ermahnen. Diese Vertreter der „schaffenden Stände", zu denen sie die Arbeiter offenbar nicht zählen, können es unter dem System Waldow allerdings aushalten. Hohe Höchstpreise und eine ganze Reihe von Prämien, dazu ein üppiger Schleichhandel, der die Höchstpreise verdoppelt, dabei läßt sichs leben!

Die Silvester-Polizeistunde und die Gastwirte.

Die Polizeistunde am Silvester und die Einschränkung der Beleuchtung wurde in der Monatsversammlung des Vereins Breslauer Gast- und Schankwirte eingehend besprochen. Breslau habe, so wurde in der Versammlung ausgeführt, wieder einmal hinter den kleinsten Städten rangiert. Die Gastwirte hätten hier einen doppelten Schaden gehabt, zunächst dadurch, daß die Lokale um 11 Uhr geschlossen werden mußten. Da aber in der Presse vorher bekanntgegeben worden war, daß keine Verlängerung der Polizeistunde stattfinde, sei ein großer Teil des Publikums überhaupt nicht ausgegangen. Es sei nicht recht ersichtlich, warum in Breslau „unüberwindliche Schwierigkeiten" vorgelegen hätten. Die Gastwirte seien doch nicht daran schuld, daß die Kohle knapp sei. Die Wirte seien ein Opfer der Verhältnisse. Die getroffenen Maßnahmen seien für den arg bedrängten Breslauer Gastwirtestand nicht erhebend. Dagegen müsse energisch Stellung genommen werden. Eine Ersparnis sei hier nicht gemacht worden, denn es sei in den Familien desto mehr Beheizung und Beleuchtung verbraucht worden. Was in Berlin und in anderen Städten möglich war, wäre wohl auch in Breslau möglich gewesen. Eine Beschwerde an den Minister ist geplant. Daß die Gastwirte nunmehr nur 50 Prozent der Beleuchtung des Vorjahres verbrauchen dürfen, sei die härteste Maßnahme, die man sich nur denken könne, und die Sache sei praktisch undurchführbar. Zuwiderhandlungen wurden mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Hier müsse man sich energisch wehren. Eine arme Gastwirtskriegerfrau habe bereits 30 Mark Strafe zahlen müssen, weil sie für 50 Pfennige mehr Gas verbraucht habe. Die Behörde sollte doch bedenken, daß die Gastwirte keine Aushilfe weder durch Petroleum noch durch Kerzen haben. Die Gastwirte hätten schon im Vorjahre an Beleuchtung gespart, wo sie nur sparen konnten. Eine weitere Einschränkung sei aber unmöglich und könne praktisch nicht durchgeführt werden. Man habe tatsächlich im Vorjahre nur das Notwendigste verbraucht. Es handele sich hier um eine einseitige Maßnahme, gegen die man sich wehren müsse. Der Vorstand wird entsprechende Schritte unternehmen.

* **Neue Preise für Generalstabskarten.** Vom 1. Januar 1918 ab treten für den Bezug der von der Königlich Preußischen Landesaufnahme sowohl zum Dienstgebrauch, wie auch für den öffentlichen Vertrieb herausgegebenen Generalstabskarten abgeänderte Bestimmungen und neue Preise in Kraft. Preisverzeichnisse, Uebersichtsblätter und Bestellformulare können von der „Amtlichen Verkaufsstelle von Kartenwerken der Königlich Preußischen Landesaufnahme" in Breslau 2, Tauentzienstraße Nr. 28, von allen Behörden, Vereinen und Privaten kostenlos gegen Einsendung des ev. Portos bezogen werden.

Markenausgabe.

Von Montag, den 14., bis einschließlich Sonnabend, den 19. Januar 1918, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags werden in den drei Ausgabestellen A, B und C der Polizei-Reviere ausgegeben:

Brotmarken,
Buttermarken,
Kartoffelmarken,
Fleischmarken,
Zuckermarken,
Milchkarten, und die
Zusatzbrot- und Zusatzkartoffelmarken.

Alle Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, die ihrem Haushalte zustehenden Marken und Karten abzuholen. Dabei sind der Lebensmittelbezugsschein, die Zusatzkarten und die jetzt gültigen Milchkarten vorzulegen. Die Abholungszeiten und Abholungsstellen sind an den Anschlagsäulen bekannt gegeben.

Für die künftige Ausgabe der Marken ist der Aufruf der Bevölkerung nach Gruppen in Aussicht genommen. Die Einteilung nach Straßen und Häusern ist bereits für die jetzige Ausgabe erfolgt. Die jetzige Straßeneinteilung ist daher vielfach eine andere als bisher. Wir machen hierauf mit dem Ersuchen aufmerksam aus der neuen Straßeneinteilung an den Anschlagsäulen, genau den Abholungstag und die Abholungsstelle festzustellen. Die Gruppe, zu der jeder Haushalt künftig gehört, wird bei der jetzigen Ausgabe durch Stempelaufdruck auf den Lebensmittelbezugsschein vermerkt werden.

Voranmelden von Lebensmitteln.

Vom 12. bis 15. Januar sind vorher anzumelden auf:

Lebensmittelmarke 59 Teigwaren,
Lebensmittelmarke 60 Kunsthonig,
weiße und blaue Nährmittelmarke 47 Grieß,
rote Nährmittelmarke 47 Hafererzeugnisse.

Neue Höchstpreise für Kohlen- und Kokszufuhr

hat der Magistrat festgesetzt; sie gelten vom 10. Januar 1918 an. Neue Höchstpreise sind fast immer höhere Höchstpreise; so ist es auch hier. Für die Zufuhr eines Zentners Kohle an Verbraucher durften bisher bei Mengen bis zu 30 Zentner 38 Pfg. gefordert werden; jetzt beträgt der Höchstpreis für die Zufuhr eines Zentners bei Mengen bis zu zehn Zentnern 50 Pfg., bei Mengen von mehr als 10 bis 30 Zentnern 40 Pfg. Für die Zufuhr von Koks erhöhen sich die Preise noch um 5 Pfg. für jeden Zentner. Für das Einkellern eines Zentners Kohle können weitere 9 Pfg. verlangt werden, für das Einkellern von Koks weitere 10 Pfg.

Die Stadtbekleidungsstelle im Monat Dezember.

Im Dezember 1917 wurden 130 493 Bezugsscheine beantragt. Davon wurden 93.193 Bezugsscheine ausgefertigt, von denen durch die Geschäfte 54.561 und durch die Brotmarkenausgabestellen 38.632 Bezugsscheine vermittelt worden sind. In Krankheits- und Todesfällen mußten 1737 Bezugsscheine ausgefertigt werden. Auf Grund von Abgabebescheinigungen hat die Stadtbekleidungsstelle im Dezember 1917 ohne besondere Prüfung 751 Bezugsscheine für Kleidungsstücke und 291 Bezugsscheine für Schuhe ausgestellt. Abgelehnt oder beanstandet werden mußten im Dezember 34.526 Bezugsscheine.

Durchschnittlich gingen im Dezember täglich 5437 Bezugsscheine ein. Die höchste Tageszahl betrug 8169 Bezugsscheine.

Breslauer Frühjahrsmesse 1918?

Die im Herbst 1916 gegründete Breslauer Messe-Gesellschaft veröffentlicht ihren ersten Geschäftsbericht, der hauptsächlich ihre Gründungsgeschichte und den Verlauf der im Herbst 1917 von ihr veranstalteten Papierstoffgewebe-Ausstellung behandelt. Wie daraus hervorgeht, sind der Gesellschaft bereits rund 320 wirtschaftliche Unternehmungen mit einem eingezahlten Kapital von rund 360 000 Mark beigetreten.

Neuerdings hat die Gesellschaft an alle eingetragenen Firmen Breslaus eine Rundfrage gerichtet, ob sie sich an einer Messe beteiligen würden, die gegebenenfalls im Frühjahr 1918 in Scheitnig stattfindet, sich auf Maschinen, Rohstoffe, Baustoffe, Textilwaren, Konfektion und Lebensmittel erstrecken und höchstens 14 Tage dauern soll. Nach dem Ergebnis dieser Rundfrage wird dann der Arbeitsausschuß der Gesellschaft Beschluß fassen.

Frachtermäßigung für die Beförderung von Leichen gefallener Kriegsteilnehmer.

Mit der Heimbeförderung von Leichen gefallener oder im Felde gestorbener Kriegsteilnehmer sind sowohl für die militärischen Stellen als auch für die Eisenbahn — namentlich in den besetzten feindlichen Gebieten — erhebliche Schwierigkeiten verbunden. Diese würden eingeschränkt werden, wenn die Leichenüberführungen nach Möglichkeit bis nach Beendigung des Krieges zurückgestellt würden. Um den Hinterbliebenen diese nachträgliche Ueberführung zu erleichtern, haben die Bundesregierungen mit Staatsbahnbesitz beschlossen, auf die ersten Leichensendungen, die erst nach dem Kriege zur Aufgabe und Beförderung gelangen, während eines angemessenen, später festzusetzenden Zeitraums eine Frachtermäßigung von 50 Prozent zu gewähren. Während des Krieges ist für die Beförderung von Leichen gefallener oder im Felde verstorbener Kriegsteilnehmer die volle tarifmäßige Fracht zu entrichten.

Kriegswucher und Kettenhandel.

Am Donnerstag wurde vor der ersten Strafkammer der Kaufmann Albert Schwarzer wegen Kriegswuchers zu 7000 Mark Geldstrafe und der Kaufmann Paul Haraschke wegen Kettenhandels zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Schwarzer hatte viele hundert Doppelzentner Gerstenerzeugnisse, den Doppelzentner zu 60 und 65 Mark eingekauft und sie für 72 und 78 Mark weiterverkauft. Dies ist eine ganz erhebliche Preissteigerung, zumal ihm im Großhandel höchstens fünf Prozent Gewinn zugebilligt werden können. H. hatte Gerstenerzeugnisse aufgekauft, wenn der ausdrückliche Wunsch geknüpft wurde, die Ware nur selbst zu verbrauchen oder nur an Verbraucher abzugeben, trotzdem hat er die Ware an Kaufleute abgegeben, die sie nun erst den Verbrauchern zugänglich machten. Beiden Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt, da sie noch unbestraft sind.

* **Das Fällen von Eichen** in Eichenschälwaldungen und in sonstigen Niederwaldbeständen mit starker Eichenbeimischung, die in 16- bis 40jährigem Umtrieb bewirtschaftet werden, wird vom stellv. Kom. General verboten. Das Fällen ist jedoch in der Zeit erlaubt, wo es nur zur Gerbrindengewinnung vorgenommen wird. Näheres im Anzeigenteil.

* **Zur Glockenbeschlagnahme.** Der Bund für Heimatschutz veröffentlicht demnächst einen Aufsatz über die Anschaffung neuer Glocken. Den schlesischen Gemeinden soll Gelegenheit gegeben werden, künstlerisch wertvolle Glocken mit Hilfe des Bundes für Heimatschutz zu erhalten. Da in der letzten Zeit Glockenfabriken Versuche machen, Gemeinden zum Abschluß von Lieferungsverträgen zu bewegen, wird den Gemeinden empfohlen, sich zuvor an den Bund für Heimatschutz zu wenden. Es wird gewarnt verfrühte Verträge mit Glockengießern zu schließen. Der Staat wird möglicherweise nach Friedensschluß Glockenmetall zu mäßigem Preise zur Verfügung stellen. Ein Aufsatz über die neue Anschaffung von Glocken wird von dem Bunde an alle schlesischen Gemeinden auf Wunsch kostenlos zugeschickt. Zuschriften bitten wir zu richten an: Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Siebs, Breslau, Hohenzollernstraße 53, oder Rechtsanwalt Dr. Erich Cohn in Breslau, Tauentzienstraße 16.

* **Der möblierte Herr als Spitzbube.** Im Hause Zobtenstraße 18 mietete sich am 5. Januar ein unbekannter Mann ein möbliertes Zimmer. Schon einige Tage später verschwand er bei günstiger Gelegenheit aus Nummer wiedersehen unter Mitnahme eines hellgrauen Jackettanzuges und sämtlicher Brotmarken der Vermieterin für 14 Tage.

* **Ein Kastenwagen entwendet** wurde am 7. Januar aus dem Grundstück Hildebrandstraße 4.

* **Teueres Abenteuer.** Am 8. Januar, nachmittags, lernte ein Handelsmann ein Mädchen kennen, das mit ihm zusammen sich in einem hiesigen Gasthofe einquartierte. Am andern Morgen wurde der Mann gewahr, daß ihm eine Brieftasche mit 900 Mark durch die Frauensperson, die unbemerkt davongegangen war, gestohlen war.

* **Ein Sack mit Fleisch- und Wurstwaren gestohlen** wurde am 8. Januar vor dem Grundstück am Wäldchen 26 von einem Fleischerwagen.

* **Bahnhofsdiebstahl.** Am 8. Januar nachmittags, ist auf dem Bahnsteig 3 des hiesigen Hauptbahnhofes einer Handelsfrau deren braunrote Lederbrieftasche, in der sich 600 Mark Papiergeld befanden, entwendet worden.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Stadt-Theater.** Heute abend 7 Uhr: „Don Giovanni" (Don Juan). Sonnabend abend 7 Uhr zum ersten Male in dieser Spielzeit: „Mignon". Umtauschkarten haben zu dieser Vorstellung keine Gültigkeit. Sonntag nachmittag 3 Uhr zum letzten Male: „Was Hans und Liesel im Zauberwald erlebten"; abends 7 Uhr: „Hänsel und Gretel". Vorher kommt Eugen d'Alberts einaktige Oper „Die Abreise" zur Aufführung. Montag abend 7 Uhr: „Die toten Augen". Die Ausgabe der Eintrittskarten für die Humboldt-Vereins Mitglieder findet heute nachmittag von 3 bis 5 Uhr an der Theaterkasse statt.

* **Schauspielhaus.** Freitag: „Die Csardasfürstin". Sonnabend, Sonntag und Montag: „Die Rose von Stambul". Sonntag nachmittag: „Der fidele Bauer".

* **Palast-Theater.** Erstaufführung: Der gewaltigste Film dieser Spielzeit: „Ahasver, der ewige Jude". Drei große Abteilungen = 24 Akte. 1. Abteilung 8 Akte. Keine erhöhten Preise. Vorstellungen: 3½, 4¾, 6, 7½, 8¾ Uhr. Näheres die heutige Annonce.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau-(Land)-Neumarkt.

Sonntag, den 13. Januar nachmittags 3 Uhr: Vorstandssitzung im Parteisekretariat, Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses in Breslau, Margaretenstraße 17, II. — Alle Distriktsführer und Kassierer werden dazu bestimmt erwartet. Außerdem wird ersucht, vor der Sitzung von 2—3 Uhr mit dem Hauptkassierer Genossen Herrmann (Adresse wie oben) abzurechnen.

Der Vorstand.

Neueste Nachrichten.

Der neue Staat.

Kopenhagen, 10. Januar. Der Minister des Aeußeren sandte heute an die Regierung Finnlands nachstehendes Telegramm: Im Anschluß an die Aeußerung des Königs zu der finnischen Delegation, durch die derselben die Stellung der dänischen Regierung bekannt gegeben wurde, habe ich die Ehre, mitzuteilen, daß die dänische Regierung Finnland als freien unabhängigen Staat anerkennt und darin einwilligt, mit der Regierung Finnlands in direkte Verbindung zu treten.

Christiania, 10. Januar. Meldung des Norsk Telegrammbureau. Norwegen hat Finnland als freien unabhängigen Staat anerkannt.

Gewerkschaftliches.

Verbandstag des Bauarbeiterverbandes. Verbandsvorstand und -Beirat des Bauarbeiterverbandes berufen einen Verbandstag zum 11. März 1918 nach Nürnberg ein.

Die Saganer Textilarbeiter. In einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung von Textilarbeitern und -Arbeiterinnen wurde eine Entschließung einstimmig gutgeheißen, auf Grund deren eine 33prozentige Lohnaufbesserung und Mindestlöhne von 55 Pfg. pro Stunde für männliche und von 50 Pfg. für weibliche Arbeiter gefordert wird, bei jugendlichen männlichen Arbeitern unter 18 Jahren darf der Mindestlohn 5 Pfg., bei jugendlichen weiblichen Arbeitern 10 Pfg. niedriger bemessen werden.

25 Jahre Verbandszeitung. Die „Allgemeine Steinsetzer-Zeitung", das Organ der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen, konnte am 5. Januar auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Die Entwicklung der freien Gewerkschaften im Kriege. In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das Generalkommando mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947564 auf 1201770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254206 oder 26,8 von Hundert. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185000 auf 365000, eine Zunahme um fast zwei Drittel.

Schlesisches Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Frankenstein, Breslauerstr. 6. • Gleiwitz, Wilhelmstr. 24. • [illegible] prinzstr. 137. • Schweidnitz, Bahnhofstr. 1. • Kattowitz, [illegible] Myslowitz, Ring 13. • Beuthen, Bismarckstr. 29. • Tarnowitz, [illegible]

Parteiangelegenheiten.

Pernerstorfers Leichenbegängnis.

Wien, 9. Januar. (Wien. Tel.-Korr.-Bureau.) Heute fand unter großer Beteiligung der Wiener Arbeiterschaft das Leichenbegängnis des Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses, des sozialdemokratischen Abgeordneten Engelbert Pernerstorfer, statt. In Vertretung der Regierung nahmen die Minister Banhans, Höfer, Mataja, Homan und Graf Toggenburg teil. Präsident des Abgeordnetenhauses Groß und sozialdemokratischer Abgeordneter Viktor Adler hielten warmempfundene Nachrufe.

Hugo Wolderski gestorben. Am Mittwoch früh verstarb nach längeren Leiden in Berlin Genosse Hugo Wolderski. Mit ihm ist wieder einer der Alten dahingegangen, deren selbstlose Hingabe die jetzige Größe der Partei schuf. Als junger Tischlergeselle trat er in Berlin der Partei bei, als die Reaktion gerade zum kräftigen Schlage — dem Sozialistengesetz — ausholte, um die Partei zu vernichten. Als Berliner Delegierter nahm er 1883 am Kopenhagener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie teil. Kaum zurückgekehrt, traf ihn die Ausweisung aus Berlin. Hugo Wolderski aber wankte nicht in seiner Anschauung. Er ging nach Köln, wo damals noch die schwache Parteibewegung den Kampf gegen das Zentrum führen mußte. Bald stand Hugo Wolderski wieder mitten im Kampf. Lange Zeit leitete er von dort aus die Expedition des verbotenen „Sozialdemokrat", auch vermittelte er oft den Vertrieb des Blattes in Deutschland. Nach Fall des Sozialistengesetzes kam er nach Berlin zurück, wo er rastlos weiter arbeitete für die Partei. Als die Spaltung eintrat, blieb er der Partei treu, für die er sein ganzes Leben gegeben.

Von der Parteipresse. Die Auflage der „Volksstimme" in Frankfurt steigt beständig, in den letzten Monaten allein um etwa 1000.

Schlesien und Posen.

Herr Generalsekretär Kube

[illegible] das dringende Bedürfnis, auch uns von seiner Unschuld zu überzeugen. Er sendet uns eine Berichtigung, die also lautet:

„Die Versammlung in Neumarkt am 6. Januar wurde von dem dortigen Aufklärungsausschuß veranstaltet. Generalsekretär Kube-Breslau ist in seinem Vortrage mit keinem Wort für die Vaterlandspartei eingetreten; er hat sich streng an die Vorschriften gehalten, die für die Redner des Aufklärungsausschusses maßgebend sind. Mit vorzüglicher Hochachtung Kube, Generalsekretär des deutschkonservativen Vereins für die Provinz Schlesien."

Herr Kube hätte klüger getan, zu schweigen. Wir haben uns lediglich an die Berichte der „Schlesischen Zeitung" und der „Schlesischen Morgen-Zeitung" gehalten, die beide Herrn Kube bedeutend näher stehen als uns. Beide berichten zweifelsfrei, daß in der Versammlung stark politisiert wurde. Nur darin gehen sie auseinander, daß die „Schlesische Zeitung" meint, es handelte sich um einen Vortragsabend der Vaterlandspartei, während die „Schlesische Morgen-Zeitung" von einer öffentlichen Volksversammlung des Aufklärungsausschusses spricht. Wir wollen gern glauben, daß Herr Kube das Wort „Vaterlandspartei" während seines Vortrages nicht erwähnte. Aber er weiß sehr gut, wie es gemacht wird. Oder kann er bestreiten, daß er „dem Reichskanzler Grafen Hertling für die mannhaften Worte im Hauptausschuß gegenüber der russischen Anmaßung dankte"? Kann er die famose Resolution, die dort gefaßt wurde, aus der Welt „berichtigen"? Nach der Art der „Schlesischen Morgen-Zeitung" soll es freilich ein Huldigungstelegramm für Hertling sein. Das ist aber gleichgültig. Der Inhalt ist politisch. Und da dieses Telegramm oder diese Entschließung der Niederschlag, das Ergebnis der vorhergegangenen Ausführungen ist, müssen sich diese sehr lebhaft mit politischen Angelegenheiten befaßt haben. Wie also faßt Herr Kube seine Pflicht als Redner des Ausschusses für Kriegsaufklärung auf? Dazu gehört wahrlich mehr, als ein „kindlich Gemüt!"

Uebrigens sprach in jener Versammlung auch ein Herr Pastor Großmann, der feststellte, daß die „Neumarkter Bevölkerung entschlossen ausharren werde, bis unser Kaiser und die oberste Heeresleitung den Zeitpunkt für einen deutschen Frieden gekommen erachten." Wir kennen die persönliche Ansicht auch des streitbaren Pastors. Aber wissenswert wäre es doch, ob Herr Großmann auch dem Neumarkter Ausschuß für Kriegsaufklärung angehört. Jedenfalls gehörten so einseitig politische Ausführungen so wenig in jene Versammlung, wie etwa auf die Kanzel. Der Herr Pastor hätte aber seine „wilden Triebe" etwas zähmen müssen.

Jedenfalls ist die ganze Versammlung ein Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll. Leute, die nicht durchaus sachlich bleiben können, dürfen nun einmal nicht als „Aufklärer" auf das Volk losgelassen werden. Sie wirken dann wie der bekannte Elefant im Porzellanladen. [illegible] ist übrigens auch die „Breslauer Zeitung".

[illegible], 11. Januar. Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Sonnabend, den 12. Januar, abends 7½ Uhr, im Konzertsaal bei Herrn Köhner. Parteisekretär Scholich aus Breslau wird über die Verhandlungen mit dem Herrn Landrat [illegible] der Erhöhung der Wehrunterstützung berichten und [illegible] über die Witwen- und Waisenfürsorge sprechen. Vollzähliger Besuch aller Mitglieder (auch solcher, die es noch nicht sind, aber bald noch dem Verein beitreten wollen) erwartet Der Vorstand.

Hirschberg, 10. Januar. Hilflos aufgefunden. Am Mittwoch früh [illegible] eine Schneeschuhläufer-Militärpatrouille in der Nähe der Hampelbaude nach der Leiche des vermißten [illegible] Jeschke suchte, fanden sie den Hausdiener Hofer aus dem Hotel [illegible] in Ober-Krummhübel, der Montag bei der Rückkehr von seinen in Klein-Aupa wohnenden Eltern in die Teichgrube abgestürzt war. [illegible] hatte er sich ein Bein gebrochen. Hofer hat nun zwei Tage in der großen Kälte und im Sturm im Freien gelegen. Infolge der mangelhaften Stromlieferung [illegible] des Provinzial-Elektrizitätswerkes mußte das städtische Elektrizitätswerk die Stromlieferung Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 8 bis 12 Uhr vormittags [illegible] einstellen.

Schweidnitz, 11. Januar. Geständig und doch freigesprochen. [illegible] Schwurgericht [illegible] Fabrikarbeiterin Marie Kaßner aus Ober-Hermsdorf bei Gottesberg hat am [illegible] Pflegemutter Gift gereicht. Die Angeklagte ist in [illegible] Verhältnissen aufgewachsen und beständig im [illegible] über ihre Herkunft gelassen worden. Ihre Pflegemutter, eine Bergmannsfrau, hat sie stets äußerst streng behandelt und auf Befragen nach den Eltern nur erklärt, daß [illegible] worden sein, als die Angeklagte noch ein kleines Kind war. [illegible] Schicksal erfuhr die Verlassene, als nach ihrer Konfirmation die [illegible] eine Photographie [illegible] Briefe der Gattin des Professors, worin diese schreibt, sie hoffe, daß die Kleine brav und anständig bleiben werde, doch sollen weitere Zuschriften unterbleiben, da dies nur die Ehe stören würde. Dafür folgten umso reichlicher Geschenke. Nach ihrer Schulentlassung mußte sie in die Fabrik gehen. Schließlich heiratete die Kaßner einen schwindsüchtigen Fabrikarbeiter, nach dessen Tode sie mit drei Kindern ein armseliges Dasein führt. Um endlich Hilfe aus der Not zu finden, reifte in der Frau der Entschluß, der ehemaligen Pflegemutter Gift zu verabreichen. Sie wollte, daß diese erkrankte, und daß sie dann zu ihrer Pflege herbeigerufen werde, denn sie erwartete, die Alte werde dann auf dem Krankenlager sich zu weiteren Mitteilungen über ihre Eltern bewegen lassen. Sie hat Natronlauge in den Kaffee geschüttet. Die Pflegemutter trank davon und zog sich erhebliche Verbrennungen zu. Es ergab sich, daß die Angeklagte damals an epileptischen Anfällen litt und unter der Einwirkung eines solchen auch die Tat beging. Trotz des Geständnisses der Angeklagten sprachen sie die Geschworenen des ihr zur Last gelegten Verbrechens nicht schuldig; es mußte somit ihre Freisprechung erfolgen.

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.)

Zur Lichtersparnis.

Die vielfachen Ermahnungen zum äußerst sparsamen Lichtverbrauch veranlassen mich an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß der Lichtverbrauch der Kohlenknappheit entsprechend, noch bedeutend mehr eingeschränkt werden könnte. Nach Einführung des 5-Uhr-Ladenschlusses erhielten die Buchhandlungen beispielsweise nachträglich die Genehmigung, noch zwei Stunden nach Ladenschluß Licht brennen zu dürfen. Es wäre zweifellos eine bedeutende Lichtersparnis, wenn die Buchhandlungen — zumal der Weihnachtsverkehr längst vorüber ist — wie alle anderen Geschäfte, mit Ladenschluß auch den Lichtverbrauch einstellen würden. Andere Geschäftsleute und Betriebe sind ebenfalls nur darauf angewiesen, ihre schriftlichen Arbeiten in der Zwischenzeit zu erledigen.
R. S.

Briefkasten.

H. Sommer. Nein, das geht nicht; der Kläger kann in diesem Falle [illegible]

[illegible]

Aus der Geschäftswelt.

Ein neues Inhalations- oder Einatmungsverfahren gegen Erkältungskrankheiten und Katarrhe der Luftwege, welches im Westen und Süden unseres Vaterlandes sich schon größter Beliebtheit erfreut, ist die Trockengas-Inhalation. Ein solches Trockengas-Inhalatorium ist seit dem 1. Oktober d. J. auch hier in Breslau, Kaiserstraße 8 parterre, von dem Besitzer des Hallenschwimmbades Herrn Bennecke eingerichtet worden.

Die Trockengas-Inhalation ist ein auf Grund [illegible] Beobachtungen gefundenes Heilverfahren, das auf der Einatmung trockener warmer Gase in Verbindung mit ätherischen Ölen beruht.

Die Inhalatorien sind als komfortable Lesezimmer eingerichtet, in welche man — wie man geht und steht — eintritt, und wo man während 1—2 Stunden lesen oder schriftliche Arbeiten erledigen kann. Irgend welcher Apparate braucht sich der Besucher nicht zu bedienen. Erkältungskatarrhe, Schnupfen verschwinden oft schon nach ein bis zwei Sitzungen; schon länger dauernde [illegible] Erkrankungen brauchen natürlich eine längere Kur.

Geöffnet wird täglich, am besten ohne Unterbrechung, eine bis zweistündige Inhalation genommen.

Pressenotiz. 9652

Die fortschreitende Steigerung aller Kosten der Gespannhaltung und die erhöhten Schwierigkeiten, die der Abfuhr von Kohlen bereitet, haben die Preisprüfungsstelle veranlaßt, in eine Nachprüfung der Höchstpreise für die Kohlen- und Kokszufuhr einzutreten. Eine wesentliche Heraufsetzung der Preise namentlich für die Zufuhr kleinerer Mengen, bei der die Fuhrwerke länger unterwegs und weniger ausnutzbar sind als bei großen Ladungen, war unvermeidlich. Der Magistrat hat [illegible]

Amtliche Anzeigen.

Voranmeldung für Lebensmittel.

1. Es werden voraussichtlich demnächst abgegeben werden auf
   a) Lebensmittelmarke 59 . . . . . Teigwaren
   b) Lebensmittelmarke 60 . . . . . Kunsthonig
   c) weiße u. blaue Nährmittelmarke 47 Grieß
   d) rote Nährmittelmarke 47 . . . Hafererzeugnisse

Die aufgerufenen Marken (Bezugsscheine) sind von

Sonnabend, den 12. bis Dienstag, den 15. Januar

einem verkaufsberechtigten Geschäfte vorzulegen.

2. Die Verkäufer haben die gesammelten Anhänge bis spätestens 16. Januar bei einer der Warenabgabestellen in vorgeschriebener Form einzureichen.

Die weißen Marken sind doppelt zu zählen.

Breslau, am 10. Januar 1918.

Stadtverteilungsstelle.
Dr. Wagner. 9651

Höchstpreise für Kohlen- und Kokszufuhr.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 betr. Höchstpreise, der Verordnung vom 25. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung und der dazu ergangenen Abänderungs- und Ausführungsbestimmungen verordnen wir nach Anhörung der Preisprüfungsstelle:

§ 1.

Für die Zufuhr von Kohlen an Kohlenkleinhändler, gleichgültig in welcher Menge die Kohle angefahren wird, darf für den Zentner nicht mehr gefordert werden als

0.29 Mk. einschließlich Ueberladegebühr
0.26 „ ohne „

§ 2.

Für die Zufuhr von Kohlen an Verbraucher einschließlich Ueberladegebühr darf für den Zentner nicht mehr gefordert werden als

bei Mengen bis zu 10 Zentnern	0.50	Mk.
„ „ von mehr als 10—30 Zentner	0.40	„
„ „ „ 30—50 „	0.35	„
„ „ „ über 50 Zentner	0.30	„

§ 3.

Für die Zufuhr von Koks erhöhen sich die angegebenen Preise für jeden Zentner um 0.05 Mk.

§ 4.

Für das Einkellern von Kohle sind für den Zentner weitere 0.09 Mk., für das Einkellern von Koks weitere 0.10 Mk. zu zahlen.

§ 5.

Die hier festgesetzten Preise gelten nicht nur für die Kohlenhändler, sondern für jeden Fuhrunternehmer.

§ 6.

Diese Anordnung tritt am 10. Januar 1918 in Kraft. Unsere Anordnung vom 19. Juli 1917 heben wir auf.

§ 7

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

Breslau, den 10. Januar 1918.

Der Magistrat 9650
hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Dr. Trentin. Prauschen.

Anordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Ges.-Samml. S. 451) und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 813) bestimme ich hierdurch für die Dauer des Krieges:

§ 1.

Das Fällen von Eichen in Eichenschälwaldungen sowie in sonstigen Niederwaldbeständen mit starker Eichenbeimischung, die in 10- bis 40jährigem Umtrieb bewirtschaftet werden, wird verboten.

Das Fällen ist jedoch in der Zeit erlaubt, in der es ausschließlich zum Zwecke der Gerbrindengewinnung vorgenommen wird.

§ 2.

Ausnahmen können von der Kriegsamtstelle Breslau erforderlichenfalls im Einvernehmen mit den zuständigen Forstbehörden, bewilligt werden.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§ 4.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Breslau den 29. Dezember 1917.

Der stellv. Kommandierende General.
Frhr. von Egloffstein
General der Infanterie.

Diese Anordnung gilt auch für den Bereich der Festung Breslau.

Breslau, den 31. Dezember 1917.

Der Kommandant.
I. V.:
Graf von Stell
Generalleutnant.

Diese Anordnung gilt auch für den Bereich der Festung Glatz.

Glatz, den 1. Januar 1918.

Der Kommandant.
von Richter
Glatz. [illegible]